

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten Anne Helm und Niklas Schrader (LINKE)

vom 21. August 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 24. August 2020)

zum Thema:

Rechte Anschlagsserie in Neukölln (XI): Aktueller Stand und Strafprozess

und **Antwort** vom 10. September 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 11. Sep. 2020)

Frau Abgeordnete Anne Helm (LINKE) und
Herrn Abgeordneten Niklas Schrader (LINKE)
über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/24 612
vom 21. August 2020
über Rechte Anschlagsserie in Neukölln (XI): Aktueller Stand und Strafprozess

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung:

Die Zuständigkeit der Generalstaatsanwaltschaft für die Bearbeitung von Verfahren der Abteilung 231 der Staatsanwaltschaft Berlin, die Straftaten betreffen, mit denen sich die BAO Fokus befasst hat, besteht seit dem 5. August 2020. Die Bearbeitung dieser Verfahren bzw. die Auswertung beigezogener Verfahren anderer Abteilungen erfolgt durch eine Staatsanwältin und einen Staatsanwalt, die der dortigen Abteilung 17 angehören. Diese haben ihren Dienst am 10. bzw. 17. August 2020 aufgenommen und waren mit den entsprechenden Verfahren bis dato nicht befasst. Angesichts des erheblichen Umfangs des zunächst zu strukturierenden Verfahrenskomplexes ist es zum aktuellen Zeitpunkt nicht möglich, die erbetenen Detailauskünfte zu erteilen. Es lässt sich dort zur Zeit auch nicht abschließend klären, inwieweit sich die dafür erforderlichen Informationen den Ermittlungsakten entnehmen lassen bzw. inwieweit die Fragen aus der strafprozessualen Perspektive beantwortet werden können.

1. Um welche Sachverhalte und entsprechenden Tatvorwürfe handelt es sich im Einzelnen, wegen derer gegen die Tatverdächtigen der extrem rechten Neuköllner Anschlagsserie T. und P. durch die Staatsanwaltschaft Berlin zunächst in 14 Fällen – unter anderem wegen Sprühereien mit extrem rechten Inhalten – Anklage erhoben werden sollte? (Bitte jeweils den genauen Tatort, die genaue Tatzeit, den Wortlaut der Sprüherei und ggf. die Art der geschädigten Einrichtung angeben.)

Zu 1.:

Die genannte Anklageschrift, die vom Gericht unter Eröffnung des Hauptverfahrens vor dem Amtsgericht Tiergarten zur Hauptverhandlung zugelassen worden ist, umfasst insgesamt zwölf Taten. Angeklagt sind Vergehen der (gemeinschaftlichen) Sachbeschädigung nach § 303 Strafgesetzbuch (StGB) durch Anbringen von rechtsextremen Aufklebern und Farbschmierereien zum Teil in tateinheitlicher Begehungsweise mit dem Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger

Organisationen gemäß § 86a StGB. Tatzeitraum ist der 18. und 19. August 2017. Die Tatverdächtigen sollen vor allem verherrlichende Schriftzüge und Abbildungen mit Bezug zu dem Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß für die Öffentlichkeit wahrnehmbar an die Außenfassaden verschiedener Gebäude im Bezirk Neukölln gesprüht bzw. geklebt haben.

Von konkreteren Auskünften zum Inhalt der Anklageschrift wird im Hinblick auf § 353d Nr. 3 StGB vorerst abgesehen.

2. Hat in der Zwischenzeit in dem oben genannten Verfahren eine Hauptverhandlung stattgefunden?
 - a.) Wenn ja, mit welchem Ausgang und welche Informationen erfolgten dazu an die Öffentlichkeit?
 - b.) Wenn nein, wurde die Verhandlung bereits terminiert und für wann?

Zu 2.a.-b.:

Am 31. August 2020 hat vor dem Amtsgericht Tiergarten – Strafrichter – die öffentliche Hauptverhandlung stattgefunden. Diese wurde allerdings ausgesetzt. Ein neuer Hauptverhandlungstermin ist noch nicht bekannt. Diesen festzusetzen ist Sache des Gerichts.

3. Inwieweit wurden die bei der Hausdurchsuchung bei T. auf einem Datenträger aufgefundenen personenbezogenen Datensätze mit teilweise öffentlich geführten Feindeslisten von anderen Berliner Angehörigen der extremen Rechten abgeglichen?

Zu 3.:

Es erfolgte ein Abgleich mit den bei der Polizei Berlin bekannten Datensammlungen von Angehörigen des rechtsextremistischen Spektrums.

4. Inwieweit wurden die „Dienstkräfte im mittleren einstelligen Bereich“ zur Sichtung und Auswertung der Datenträger (Drs. 18/23712, Frage 6) oder weitere Dienstkräfte in welcher Höhe für die Entschlüsselung von einer externen Firma unterstützt, wie verschiedene Medien es im Februar 2020 berichteten?
 - a. Auf welche Höhe belief sich das Auftragsvolumen über welchen Zeitraum für die externe Firma?
 - b. Auf welche Art und Weise wurden die zu entschlüsselnden Daten an die Firma übertragen und wie wurde sichergestellt, dass ein Zugriff durch unbefugte Dritte auf die Daten verringert wurde?

Zu 4. a.-b.:

Die Fragen beziehen sich auf laufende Ermittlungsverfahren der Besonderen Aufbauorganisation Fokus (BAO Fokus) beim Landeskriminalamt Berlin. Es wird auf die Vorbemerkung verwiesen.

5. Welchen einzelnen Bundesländern lassen sich jeweils wie viele der auf dem Datenträger gefundenen oder auf weiteren Feindeslisten aufgefundenen Personen zuordnen? (Bitte aufschlüsseln nach Wohnort und Tätigkeitsort.)
6. Wie werden die auf den Feindeslisten aufgefundenen Personen außerhalb von Berlin über ihre Nennung auf diesen Listen informiert?

Zu 5. und 6.:

Zum Schutz der Persönlichkeitsrechte der betroffenen Personen können die gewünschten Aufschlüsselungen nicht erfolgen, da diese ggf. Rückschlüsse auf die jeweilige Person zulassen könnten.

Die zuständigen Staatsschutzdienststellen der betroffenen Bundesländer sowie das Bundeskriminalamt (BKA) wurden durch die Polizei Berlin informiert. Die

Benachrichtigung der betroffenen Personen obliegt den dort zuständigen Dienststellen.

7. In welcher Dienststelle in welcher genauen Position ist der Polizeibeamte W., der sich mit dem Tatverdächtigen der extrem rechten Neuköllner Anschlagsserie, Sebastian T., im März 2018 in der Rudower Kneipe und Hertha-Fantreff „Ostburger Eck“ getroffen hat, aktuell eingesetzt?

Zu 7.:

Entgegen der in der Fragestellung aufgestellten Tatsachenbehauptung, ist nicht belegt, dass der Polizeibeamte W. einen der hier Beschuldigten am 16. März 2018 in einer als Hertha-Fan-Treff dienenden Gaststätte in Neukölln traf und mit ihm diese verließ. Ein diesbezügliches Strafverfahren wurde gem. § 170 Absatz 2 Strafprozessordnung eingestellt. Darüber hinaus wurden keine tragenden Hinweise dafür gefunden, dass der Polizeimitarbeiter W. Verbindungen oder Kontakte zu Personen des rechtsextremistischen Spektrums hatte.

Eine zur Veröffentlichung bestimmte Beantwortung der Teilfrage nach der derzeitigen dienstlichen Verwendung, hat nach Abwägung des gemäß Art. 45 Abs. 1 der Verfassung von Berlin verbürgten Informationsanspruchs des Abgeordneten mit dem Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung des betroffenen Beamten zu unterbleiben. Die erbetenen Daten werden Ihnen daher gesondert als Verschlussache - Nur für den Dienstgebrauch - übermittelt.

8. Wie kann gegebenenfalls ausgeschlossen werden, dass W. im Rahmen seiner derzeitigen dienstlichen Tätigkeit mit der Observation von Angehörigen der extremen Rechten bzw. Ermittlungsverfahren zu extrem rechten Straftaten befasst ist und welche Maßnahmen wurden dazu ergriffen?
(Bitte einzeln aufschlüsseln und begründen.)

Zu 8.:

Der Polizeibeamte W. war oder ist dienstlich nicht mit Observationen oder der Sachbearbeitung des gegenständlichen Ermittlungskomplexes betraut. Das in der Antwort zu Frage 7 dargestellte Ergebnis des Strafverfahrens und der darüber hinaus gehenden Prüfung bietet derzeit keinen Anlass für weitergehende Maßnahmen.

9. Welche Kenntnisse hat der Senat über einen Zusammenhang der extrem rechten Anschlagsserie in Neukölln mit den SS-Schmierereien an der Bäckerei „Damaskus“ vom 18. Juni 2020?
10. Welche Kenntnisse hat der Senat über die mutmaßliche Brandstiftung an einem Lieferfahrzeug vor der Bäckerei „Damaskus“ am 18. Juni 2020 und einen Zusammenhang mit der extrem rechten Anschlagsserie in Neukölln?
11. Mit wie vielen Dienstkräften der Besonderen Aufbauorganisation Fokus (BAO Fokus) ermittelt die Polizei noch zu den am 18. Juni 2020 in unmittelbarer Nähe zur Bäckerei „Damaskus“ verübten Taten?

Zu 9. bis 11.:

Die beiden Sachverhalte wurden durch die Besonderen Aufbauorganisation Fokus (BAO Fokus) geprüft. Ein Zusammenhang zu dem dort bearbeiteten Ermittlungskomplex wurde bislang nicht festgestellt. Die Bearbeitung dieser Ermittlungsverfahren erfolgt daher in einem Kommissariat des Fachdezernates für Politisch Motivierte Kriminalität -rechts- in der Abteilung 5 des Landeskriminalamtes Berlin. Ein möglicher Zusammenhang wird dennoch bei neu gewonnenen Erkenntnissen fortlaufend geprüft.

12. Wie viele Schmierereien mit SS- oder sonstiger extrem rechter Symbolik verzeichnet der Senat seit 2016 im Umfeld der Sonnenallee oder der Wildenbruchstraße? (Bitte einzeln nach Datum und Ort aufschlüsseln.)

Zu 12.:

Grundlage für die Beantwortung der Fragen 12, 17a und 17c bildet der „Kriminalpolizeiliche Meldedienst in Fällen Politisch motivierter Kriminalität“ (KPMD-PMK). Dabei handelt es sich entgegen der „Polizeilichen Kriminalstatistik“ (PKS) um eine Eingangsstatistik. Die Fallzählung erfolgt tatzeitbezogen, unabhängig davon, wann das Ermittlungsverfahren eingeleitet oder an die Staatsanwaltschaft abgegeben wurde.

Die folgenden statistischen Angaben stellen keine Einzelstraftaten der Politisch motivierten Kriminalität (PMK) dar. Bei der Darstellung handelt es sich um Fallzahlen. Ein Fall bezeichnet jeweils einen Lebenssachverhalt in einem engen räumlichen und zeitlichen Zusammenhang mit identischer oder ähnlicher Motivlage, unabhängig von der Zahl der Tatverdächtigen, Tathandlungen, Anzahl der verletzten Rechtsnormen oder der eingeleiteten Ermittlungsverfahren.

Die Fälle der PMK unterliegen bis zum Abschluss der Ermittlungen - gegebenenfalls bis zum rechtskräftigen Gerichtsurteil - einer Bewertung gemäß der angenommenen Tätermotivation. Darüber hinaus können Fälle der PMK erst nach dem Statistikschluss bekannt und entsprechend gezählt werden. Deshalb kommt es sowohl unter als auch überjährig immer wieder zu Fallzahlenänderungen.

Es werden nur die Fälle gezählt, die gemäß den bundesweit verbindlichen Verfahrensregeln zur Erhebung von Fallzahlen im Rahmen des KPMD-PMK für Berlin statistisch zu zählen sind.

Im Rahmen des KPMD-PMK sind derzeit Erfassungsrückstände zu verzeichnen, so dass für das Jahr 2020 bislang noch nicht alle Fälle der PMK erfasst werden konnten.

Bis zur Veröffentlichung des Berichts „Politisch motivierte Kriminalität in Berlin 2019“ werden für die Jahre 2016 - 2019 ausschließlich die Fallzahlen als Grundlage genommen, die durch den Senator für Inneres und Sport auf der Pressekonferenz am 9. März 2020 veröffentlicht wurden. Diese tragen daher den Erhebungsstand 10. Februar 2020. Erst nach Veröffentlichung des Berichts werden wieder aktualisierte Fallzahlen als Grundlage für die Beantwortung von Anfragen verwendet. Die Fallzahlen für das Jahr 2020 tragen den Erhebungsstand 31. August 2020. Eine Recherche nach dem Umfeld von Straßen ist im Rahmen des KPMD-PMK nicht möglich. Es kann nur nach Ortsteilen, Postleitzahlen oder Kontaktbereichen (KoB) recherchiert werden. Aufgrund der Vielzahl der betroffenen KoB im „Umfeld der Sonnenallee oder der Wildenbruchstraße“ wurden die Postleitzahlen 12045, 12047 und 12059 als Abfrageparameter definiert.

Seit 2016 wurden insgesamt 24 Verstöße gegen den § 86a StGB im Bereich PMK - rechts- für den Ortsteil Neukölln registriert.

Fallaufkommen PMK -rechts- in Form des Anbringens von rechtsgerichteten Symbolen oder Schriftzüge:

Zähl	delikt	Tatzeit	Straße
§ 86a	StGB	26.02.2016	Sonnenallee
§ 86a	StGB	10.04.2016	Sonnenallee

Zähldelikt	Tatzeit	Straße
§ 86a StGB	20.04.2016	Von-der-Schulenburg-Park
§ 86a StGB	01.12.2016	Michael-Bohnen-Ring
§ 86a StGB	08.02.2017	Weichselstr.
§ 86a StGB	15.03.2017	Sonnenallee
§ 86a StGB	05.05.2017	Karl-Marx-Str.
§ 303 StGB	06.06.2017	Rütlistr.
§ 86a StGB	16.02.2018	Boschweg
§ 86a StGB	13.07.2018	Sonnenallee
§ 86a StGB	26.08.2018	Sonnenallee
§ 86a StGB	30.08.2018	Weichselpark
§ 86a StGB	30.11.2018	Nobelstr.
§ 86a StGB	03.06.2019	Sonnenallee
§ 86a StGB	17.07.2019	Wildenbruchstr.
§ 86a StGB	20.07.2019	Kiehlufer
§ 86a StGB	28.10.2019	Sonnenallee
§ 86a StGB	09.11.2019	Dieselstr.
§ 86a StGB	10.12.2019	Wildenbruchstr.
§ 86a StGB	15.12.2019	Sonnenallee
§ 86a StGB	10.05.2020	Laubestr.
§ 86a StGB	05.06.2020	Wildenbruchstr.
§ 86a StGB	19.06.2020	Sonnenallee
§ 86a StGB	30.06.2020	Laubestr.

Quelle: KPMD-PMK, 31.08.2020

13. Wie viele und welche Ermittlungsverfahren zu mutmaßlichen extrem rechten Delikten, welche die BAO Fokus geführt hat, wurden wann und aus welchen Gründen an welche anderen Polizeidienststellen abgegeben?

Zu 13.:

Die Fragestellung betrifft 414 Anzeigenvorgänge (Stand 17.08.2020). Angaben im Sinne der Fragestellung sind durch eine automatisierte Datenbank-Recherche im Polizeilichen Landessystem zur Information, Kommunikation und Sachbearbeitung (POLIKS) der Polizei Berlin nicht recherchierbar.

14. Inwieweit sieht der Senat die Gefahr, dass es durch die Bearbeitung der Delikte um die Bäckerei „Damaskus“ durch Dienstkräfte mit Bezug auf die Auseinandersetzung mit „Organisierter Kriminalität“ zu wahrnehmbaren Parallelen zur Etikettierung des NSU als „Dönermorde“ und damit zu einer Entpolitisierung und Relativierung von extrem rechter Gewalt kommt? (Bitte begründen.)

Zu 14.:

Nach Bekanntwerden des Straftatenkomplexes des sogenannten „Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU)“ ist durch die Polizei Berlin die „Behördenweite Gesamtstrategie zur Bekämpfung der Politisch motivierten Kriminalität -rechts- (PMK -rechts-)“ entwickelt worden. Zweck dieser Gesamtstrategie ist eine fortgesetzte Intensivierung der präventiven und repressiven Maßnahmen im Hinblick auf die nachhaltige Bekämpfung der PMK -rechts- durch die Polizei Berlin. Eine wesentliche Rolle spielt dabei ein sensibler Umgang mit den Opfern rechtsextremer Gewaltdelikte.

Bei der polizeilichen Aufgabenerfüllung ist der ganzheitliche Bekämpfungsansatz mit Leben zu erfüllen. Die Gesamtheit der zur Verfügung stehenden, rechtlich zulässigen Mittel und Möglichkeiten soll effektiv sowie handlungssicher genutzt bzw. ausgeschöpft werden.

Vor diesem Hintergrund wurde bei der Polizei Berlin der angefragte Sachverhalt mit der gebotenen Sensibilität geprüft.

15. In welchem Umfang rechnet der Senat die Anschläge auf die Bäckerei „Damaskus“ aufgrund eines scheinbar anderen Tatherganges anderen extrem rechten Netzwerken oder Gruppierungen zu? (Bitte begründen.)

Zu 15.:

Die Ermittlungen durch Dienstkräfte eines Fachkommissariates des Dezernates für Politisch Motivierte Kriminalität -rechts- des Landeskriminalamts Berlin werden in alle Richtungen geführt und dauern an.

16. Wie viele der Verfahren wegen welcher Delikte, die aktuell oder zeitweise der Anschlagsserie zugerechnet werden oder wurden oder im Rahmen der Serie mit bearbeitet wurden, sind mit welchem Ergebnis abgeschlossen oder einem anderen Phänomenbereich zugeordnet worden? (Bitte ausführen.)

Zu 16.:

Siehe Antwort zu Frage 13.

17. Zu wie vielen Brandstiftungen an Kraftfahrzeugen welchen Datums kam es in den Jahren 2018, 2019 und im ersten Halbjahr 2020, die der PMK - rechts - zugeordnet werden konnten, und
- bei wie vielen von diesen kam es zu einer Aufklärung des Delikts,
 - bei wie vielen zur Einleitung eines Strafverfahrens mit welchen Ausgang und
 - bei wie vielen zu einer Änderung des Phänomenbereichs?

Zu 17. a. bis c.:

Es wird zunächst auf die Antwort zu Frage 12 verwiesen. Im genannten Zeitraum kam es zu drei Fällen von Brandstiftungen an Kraftfahrzeugen, die der PMK -rechts- zugeordnet wurden. Die Taten wurden am 1. Februar 2018, 10. Mai 2020 und am 19. Juni 2020 begangen. Die Ermittlungsverfahren zu den genannten Straftaten sind noch nicht abgeschlossen. Insofern ist eine Aussage zum Ausgang der Verfahren nicht möglich.

Änderungen des Phänomenbereichs werden statistisch nicht erfasst und können somit auch nicht nachvollzogen werden.

18. Welche Sachverhalte aus welchen Zeiträumen liegen den Ermittlungen gegen Angehörige von Sicherheitsbehörden jeweils zugrunde, die laut Antwort auf Frage 16 unserer Schriftlichen Anfrage vom 9. Juni 2020, Drucksache 18/23712, wegen Strafvereitelung im Amt und des Verdachts auf Verrat des Dienstgeheimnisses geführt wurden oder werden? (Bitte jeweils aufschlüsseln nach Sachverhalt, Datum, Tatvorwurf.)

Zu 18.:

Tatvorwurf	Tatzeit	Sachverhalt	Aktenzeichen Staatsanwaltschaft Berlin
Strafvereitelung im Amt (§ 258a StGB)	16. März 2018	Ein Polizeimitarbeiter soll sich mit einer bei der LKA 5 EG RESIN als Beschuldigten geführten	231 Js 1036/18

		Person in einer als Hertha-Fan-Treff dienenden Gaststätte in Neukölln getroffen und diese gemeinsam mit ihm verlassen haben.	
Verletzung von Dienstgeheimnissen (§ 353b StGB)	19. Dezember 2016	Ein Polizeimitarbeiter soll nichtöffentliche Informationen aus der Einsatzbewältigung zum „Anschlagsgeschehen Breitscheidplatz“ in einen Chat eingestellt haben.	231 Js 2766/19

- a. An welchen konkreten Dienststellen welcher Behörden waren bzw. sind diese Behördenangehörigen zum Zeitpunkt der vorgeworfenen Taten jeweils dienstlich tätig?

Zu 18.a.:

Auf den letzten Absatz der Antwort zu Frage 7 wird verwiesen.

- b. Mit welchen jeweiligen Ergebnissen wurden welche möglichen Verbindungen der Beschuldigten zu Tatverdächtigen der extrem rechten Anschlagsserie oder Angehörigen der extrem rechten Szene geprüft? (Bitte jeweils aufschlüsseln nach Sachverhalt, Art der Verbindung und Prüfergebnis.)

Zu 18.b.:

Die Prüfung, ob die in der Antwort zur Frage 18 genannten Verfahren im Zusammenhang mit der Übernahme des o. g. Ermittlungskomplexes ebenfalls bei der Generalstaatsanwaltschaft geführt werden, dauert an. Aus den in der Vorbemerkung genannten Gründen lässt sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht absehen, ob die öffentliche Verbreitung weiterer Details geeignet sein könnte, den Untersuchungszweck zu gefährden, sodass der Senat derzeit hierzu keine Auskunft erteilen kann.

Berlin, den 10. September 2020

In Vertretung

Torsten Akmann
Senatsverwaltung für Inneres und Sport